

Kultur

GESAGT

„Ich war ein ganz schlechter Autoverkäufer.“

Roland Kaiser (69), Schlagerstar, der früher in einem Autohaus gearbeitet hat

DENKMALSCHUTZ

In Brandenburg wurden im vergangenen Jahr rund 39 Millionen Euro öffentliche Mittel des Landes in den Denkmalschutz investiert.

INTERVIEW ISABEL PFEIFFER-POENSGEN

„Ein nationales Fotoinstitut ist notwendig“

Die NRW-Kulturministerin hofft auf eine baldige Entscheidung im Streit zwischen Düsseldorf und Essen.

Frau Pfeiffer-Poensgen, was bekommen Sie von der Situation der freischaffenden Künstler in NRW mit – im jetzt schon dritten Corona-Jahr?

PFEIFFER-POENSGEN Das sind vor allem persönliche Eindrücke und Einschätzungen, die ich in vielen Gesprächen gewinnen konnte. Die ersten Monate der Pandemie erschienen manchen zunächst sogar attraktiv – weil sie sich an einem Ort ungestört mit dem eigenen Werk beschäftigen konnten. Das hat sich mit der Dauer der Pandemie natürlich verändert: Für viele ist es sehr belastend geworden, nicht nur finanziell. Deshalb haben wir als Land sehr früh das große Stipendienprogramm über inzwischen fast 200 Millionen Euro aufgelegt, um diese Sorgen zu nehmen. Es ist schön zu sehen, was die Künstlerinnen und Künstler mit ihren Corona-Stipendien, von denen wir 30.000 vergeben haben, künstlerisch alles umgesetzt haben – von Buchillustrationen für Kinder bis zur Fertigstellung von lange geplanten Musikalben. Trotzdem: Das Wesen von Kunst ist ja nicht nur das Produzieren, sondern auch das Präsentieren vor Publikum. Und da sind wir vom Normalzustand ja leider noch weit entfernt.



Als Standorte für das Fotoinstitut kommen der Bereich am Ehrenhof in Düsseldorf oder das Gelände der Zeche Zollverein in Essen infrage.



FOTOS: ANDREAS ENDERMANN, JOCHEN TACK/DPA

Künstler, die man mit ihrem Werk weder sehen noch hören kann, existieren auch nicht...

PFEIFFER-POENSGEN ...das stimmt. Und selbst dort, wo kulturelle Erlebnisse möglich sind, kommt das Publikum noch keineswegs in Strömen. Viele sind angesichts der Umstände nach wie vor zurückhaltend und reagieren auch so. Das kann ich nachvollziehen, auch wenn gerade die Kultureinrichtungen wie etwa Theater oder Museen geradezu vorbildlich sind, was Schutzkonzepte für die Besucherinnen und Besucher angeht.

Wie real ist die Befürchtung mancher Kulturveranstalter, dass auch in der Zeit nach der Pandemie die Zahl der Zuschauer kleiner bleibt – weil viele sich möglicherweise daran gewöhnt haben, sich nicht mehr auf den mühsamen Weg zur Kultur zu machen?

PFEIFFER-POENSGEN Diese Sorge ist nicht aus der Luft gegriffen. Andererseits können uns die Erfahrungen aus dem vergangenen Sommer, als die Kultureinrichtungen nach dem Lockdown wieder öffnen konnten und viele Menschen wieder das Bedürfnis hatten, Kultur persönlich zu erleben, hier auch Hoffnung machen. Es ist ein wichtiger Teil des Kunsterlebnisses, dass man sich über das, was man gese-

hen, erlebt und gehört hat, auch austauscht.

Hat die Pandemie uns auch einen genaueren Blick auf die schwierige Situation von Künstlern eröffnet?

PFEIFFER-POENSGEN Auf jeden Fall. Außerdem wurde die Bedeutung der Kunst für unsere Gesellschaft noch einmal neu debattiert. Das hatte auch damit zu tun, dass die Kunst besonders zu Beginn der Pandemie ganz hart betroffen war. Es wird heute viel stärker wahrgenommen, wie wichtig Kultur ist, und zugleich, wie schwierig die Lage der Künstlerinnen und Künstler ist.

Ist vor diesem Hintergrund auch das NRW-Kulturgesetzbuch eine Art Kind der Pandemie?

PFEIFFER-POENSGEN Natürlich haben wir bei der Arbeit am Kulturgesetzbuch unter dem Eindruck der ersten Pandemiephase einen neuen Zugang zum Thema bekommen. Uns war klar, dass wir die Vergütungssituation vor allem für Freischaffende verbessern müssen – deshalb haben wir im Kulturgesetzbuch unter anderem Honorar-Untergrenzen für Landesförderungen festgelegt und mehr feste Stellen an öffentlichen Musikschulen geschaffen. Für eine bessere soziale Absicherung gerade von freischaffenden Künstlerinnen und

Künstlern möchten wir eine Art Arbeitslosenversicherung einführen, das muss aber auf Bundesebene eingerichtet werden. Das bereiten wir gerade im Rahmen der Kulturministerkonferenz vor.

Welchen Einfluss haben Sie denn als neue Vorsitzende der Kulturministerkonferenz bei der möglichen Schaffung einer Arbeitslosenversicherung für Freischaffende, die an die Künstlersozialkasse angebunden werden könnte?

PFEIFFER-POENSGEN Im Dezember haben wir als Kulturminister der Länder ein Rechtsgutachten dazu in Auftrag gegeben, das uns hoffentlich bald vorliegt. Anfang März wollen wir uns dann mit der Kulturstaatsministerin über das weitere Vorgehen verständigen. Die Chancen stehen aus meiner Sicht nicht schlecht, da das Vorhaben, eine Lösung für eine Arbeitslosenversicherung zu finden, auch im aktuellen Koalitionsvertrag des Bundes steht. Ich glaube und hoffe, dass es dann nur noch ein Ringen um den bestmöglichen Weg sein wird, wie wir das gemeinsame Ziel erreichen können.

Ist dann 2023 mit einer Arbeitslosenversicherung für freischaffende Künstler zu rechnen?

PFEIFFER-POENSGEN Das würde ich

mir natürlich wünschen, gerne auch noch früher. Aber man darf auch keine Traumtänzerin sein: Veränderungen gerade in solchen Fragen des Sozialversicherungsrechts gehen nicht von heute auf morgen.

Wird bei Ihrem bevorstehenden ersten Austausch mit Kulturstaatsministerin Claudia Roth der Standort des Deutschen Fotoinstituts ein Gesprächsthema sein, um den sich Düsseldorf und Essen befeuern beziehungsweise streiten?

INFO

Vorsitzende der Kulturministerkonferenz

Person Isabel Pfeiffer-Poensgen (geboren 1954 in Aachen) ist parteilos; sie studierte Rechtswissenschaften und Geschichte in Bonn, Lausanne und Freiburg.

Amt Seit Juni 2017 ist sie Ministerin für Kultur und Wissenschaft in NRW, seit 1. Januar 2022 Vorsitzende der Kulturministerkonferenz der Länder.



FOTO: A. BRETZ

PFEIFFER-POENSGEN In meinem Gratulationsbrief zu ihrem Amtsantritt habe ich Themen beschrieben, die mir besonders am Herzen liegen und die ich gerne mit ihr erörtern möchte. Dazu gehört natürlich das Deutsche Fotoinstitut mit Sitz in Nordrhein-Westfalen. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass die Ampel das Vorhaben auch im Koalitionsvertrag verankert; das ist leider nicht geschehen. Trotzdem erwarte ich, dass sich auch die neue Bundesregierung klar zu dem Projekt bekennt. Durch den Regierungswechsel ist naturgemäß eine Pause eingetreten. Aber ich werde das Gespräch jetzt wiederaufnehmen, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass ein nationales Fotoinstitut wirklich notwendig ist. So wie es in Marbach einen Archivort für die Literatur gibt, so muss es einen vergleichbaren Ort für die Fotografie geben. Das werden wir mit der Kulturstaatsministerin besprechen.

Wird dabei auch eine mögliche Aufteilung der Institution auf zwei Standorte ein Thema sein? Oder würde eine solche Zerteilung die Aufmerksamkeit für die Einrichtung verringern?

PFEIFFER-POENSGEN Es geht nicht um Aufmerksamkeit, sondern um die optimalen Arbeitsbedingun-

gen eines solchen Instituts. Grundsätzlich ist alles denkbar. Aber wir hatten im August bei der damaligen Kulturstaatsministerin Monika Grütters einen runden Tisch mit Experten, darunter drei renommierte Fotokünstler, die allesamt nicht aus Nordrhein-Westfalen kamen. Alle haben sich vehement für ein solches Institut ausgesprochen. Der Standort war kein Thema, allerdings gab es am Ende der Sitzung das klare Votum, alles bitte an einem Standort zu vereinen. Auch um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen.

In Düsseldorf oder Essen?

PFEIFFER-POENSGEN Mir geht es vor allem um das Fachliche. Nur das muss bei der Wahl des Standortes das entscheidende Kriterium sein, damit es ein Institut wird, das inhaltlich optimal aufgestellt ist.

Also Düsseldorf?

PFEIFFER-POENSGEN Als Kulturministerin freue ich mich vor allem, dass das Fotoinstitut nach Nordrhein-Westfalen kommen soll. Wohin genau, das sollte zunächst inhaltlich begründet werden – von Foto-Experten, nicht von Politikern. Daran will ich mich halten.

LOTHAR SCHRÖDER
FÜHRTE DAS INTERVIEW.

Ein jüdischer Notar als Verräter?

Um seine Familie zu retten, soll er Anne Franks Versteck genannt haben.

AMSTERDAM (dpa) Das Versteck von Anne Frank und ihrer Familie in Amsterdam vor den Nationalsozialisten ist nach neuen Untersuchungen sehr wahrscheinlich von einem jüdischen Notar verraten worden. Dieses Ergebnis eines Untersuchungsteams wurde am Montag präsentiert. Danach hatte der Notar Arnold van den Bergh den deutschen Besatzern eine Liste mit Verstecken von Juden in Amsterdam übergeben, um das Leben



Anne Frank

seiner eigenen Familie zu retten. Fünf Jahre lang hatte ein internationales Team den Fall untersucht.

Hauptbeweis ist die Kopie eines anonymen Briefes, den Annes Vater Otto Frank 1946 bekommen hatte. Darin wird der Name des Notars bereits genannt. Das Original des Briefes ist zwar verschwunden, im Amsterdamer Stadtarchiv war jedoch eine Kopie gefunden worden. Diese Spur war nach Angaben der Untersucher bisher nie

ausführlich untersucht worden. Die jüdische Familie Frank sowie vier weitere Menschen waren von 1942 bis 1944 in einem Hinterhaus in Amsterdam untergetaucht. Dort hatte Anne (1929–1945) ihr berühmtes Tagebuch geschrieben. Im August 1944 wurde die Familie in Konzentrationslager deportiert und ermordet. Nur Vater Otto überlebte.

77 Jahre nach Kriegsende gebe es zwar keine absolute Gewissheit, sagte der ehemalige Ermittler des amerikanischen FBI, Vince Pankoke, der maßgeblich an der Untersuchung beteiligt war. „Unsere Theorie hat aber eine Wahrscheinlichkeit von mehr als 85 Prozent.“ FOTO: DPA

Antisemitismus-Streit um Documenta

Kassels Oberbürgermeister weist Vorwürfe gegen die aktuellen Kuratoren zurück.

KASSEL (dpa) Der Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle, auch Aufsichtsratsvorsitzender der Documenta gGmbH, hat Antisemitismus-Vorwürfe gegen die kuratierende Künstlergruppe zurückgewiesen. Mit dem indonesischen Künstlerkollektiv Ruangrupa kuratieren 2022 zum ersten Mal Vertreter aus Asien die Documenta, die auch die Perspektive des globalen Südens berücksichtigen und dabei unter anderem Machtverhältnisse hinterfragen. Man sei sich einig, dass es in der Arbeit der Künstlergruppe nicht zur Überschreitung roter Linien kommen dürfe, teilte Geselle (SPD) am Sonntag mit.

Ein Bündnis hatte dem Künstlerkollektiv vorgeworfen, dass auf der kommenden Documenta auch Organisationen eingebunden seien, die antisemitisch seien. Mehrere Experten beschrieben diese Kritik als übertrieben oder unbegründet. Kulturstaatsministerin Claudia Roth sagte der „Bild“, sie habe nach Bekanntwerden der Vorwürfe mit den Trägern der Documenta, dem Land Hessen und der Stadt Kassel, Kontakt aufgenommen. Man wolle zu Beratungen zusammenkommen.

Geselle betonte, Ruangrupa habe sich deutlich gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltbereiten religiösen Fun-

damentalismus sowie jede Art von Diskriminierung positioniert. Eine Überprüfung oder gar einen Eingriff in die künstlerische Freiheit dürfe es nicht geben; wenn überhaupt nur bei Überschreitung der oben beschriebenen roten Linien, betonete Geselle. „Die hat es hier aus meiner Sicht bislang nicht gegeben, was auch von renommierten Dritten in dieser nicht sachlich vom Zaun gebrochenen und aufgeheizten Debatte geteilt wird.“

Die Documenta gilt als die weltweit wichtigste Schau für zeitgenössische Kunst. Die 15. Ausgabe (Documenta Fifteen) findet vom 18. Juni bis 25. September 2022 statt.